



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 06.05.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 19:05 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Melanie Ranft	Stellvertretende Ausschussvorsitzende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Paul Backmund	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Birgit Marks	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Martin Sehrndt	AfD-Stadtratsfraktion Halle Vertreter für Herrn Heym
Daniel Petzold	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale) Vertreter für Frau Schmidt
Jan Riedel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Hendrik Lange	Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)
Dr. Silke Burkert	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr.med. Detlef Wend	Fraktion Volt/MitBürger
Andreas Schachtschneider	Fraktion Hauptsache Halle
Yvonne Krause	Fraktion FDP / FREIE WÄHLER
Cordula Henke	Sachkundige Einwohnerin
Maximilian Kullack	Sachkundiger Einwohner
Friedrich Lemberg	Sachkundiger Einwohner
Jenny Rudek	Sachkundige Einwohnerin
André Scherer	Sachkundiger Einwohner
Andreas Slowig	Sachkundiger Einwohner
Nicole Esther Walldorf	Sachkundige Einwohnerin
Martin Wiechmann	Sachkundiger Einwohner

Verwaltung:

Katharina Brederlow	Beigeordnete Bildung und Soziales
Alexander Frolow	Leiter Fachbereich Bildung
Christian Hiepe	Leiter Abteilung Schule
Annika Seidel-Jähnig	Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales
Susanne Schultze	Leiterin Abteilung Hochbau Schulen
Katrin Lesche	Leiterin Stadtbibliothek
Matthias Klinger	Netzwerkkoordinator Schulerfolg für Halle
Maik Stehle	Stellvertretender Protokollführer

Gäste:

Herr Schönewolf	Architekt Behnisch Architekten
-----------------	--------------------------------

Entschuldigt fehlten:

Claudia Schmidt	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Carsten Heym	-Stadtratsfraktion Halle

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Ranft eröffnete die Sitzung des Bildungsausschusses und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Ranft teilte mit, dass nichts von der Tagesordnung zu nehmen ist. Weiter sagte sie, dass es keine Änderungen und Ergänzungen gibt.

Herr Dr. Wend bat darum, den Tagesordnungspunkt 6.2 vor TOP 6.1 zu behandeln.

Es gab keine Einwendungen.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief **Frau Ranft** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 01.04.2025
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Zweite Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/00809
 - 5.2. Baubeschluss für die Maßnahme „Zentrum für Begegnung und Kompetenzentwicklung - Campushaus Halle-Neustadt“ in der Richard-Paulick-Straße, 06124 Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/00986
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.2. Antrag der Fraktion Volt / MitBürger für einen späteren Unterrichtsbeginn an weiterführenden Schulen
Vorlage: VIII/2025/00951
 - 6.1. Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zu Schulbibliotheken für Halle
Vorlage: VIII/2025/00925
7. Mitteilungen
 - 7.1. Präsentation Frühwarnsystem Schulabsentismus (Stand, Ausblick auf weitere Planungen)
Vorlage: VIII/2025/01114

- 7.2. Mitteilung über die Aufnahme in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/-26
Vorlage: VIII/2025/01159
- 7.3. Maßnahmen im Rahmen des freigestellten Schülerverkehrs der Grundschule „Otfried Preußler“ in den Auslagerungsstandort
Vorlage: VIII/2025/01161
- 7.4. Stand der Implementierung des Startchancen-Programms in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01162
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
 - 8.1. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Otfried Preußler
Vorlage: VIII/2025/01118
 - 8.2. Anfrage der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Grundschule Kanena/Reideburg
Vorlage: VIII/2025/01119
9. Anregungen
10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 01.04.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Frau Ranft eröffnete die Einwohnerfragestunde.

zu 3.1 Fragesteller 1 zum Losverfahren

Fragesteller 1 bezog sich auf das Losverfahren und sagte, dass Eltern die auf die Nachrückerliste kommen, Alternativschulen angeboten werden, auch bei den Gymnasialplätzen der KGS. Er bezog sich auf eine Aussage der Verwaltung, dass beim zweiten Losverfahren dieses Verfahren nicht mehr angewandt wird. Er fragte, warum dies so ist.

Herr Hiepe sagte, dass bei dem Losverfahren am 28.04.2025 für alle Schülerinnen und Schüler, die noch nicht versorgt wurden an den Gymnasien, die Alternativwünsche aufgenommen und dann ausgelost wurden. Er erklärte, dass das Verfahren effizienter

gestaltet werden soll, damit zum Beispiel an bestimmten Gymnasien, wie dem Thomas-Müntzer-Gymnasium, nachträglich frei gewordene Plätze schnell vergeben werden können. Dieses Verfahren ist mit dem Rechtsamt abgestimmt.

Fragesteller 1 sagte, dass Eltern, wenn sie eine Mitteilung erhalten, dass sie im Losverfahren nicht berücksichtigt wurden, Alternativplätze angeboten bekommen. Dabei werden nur Gymnasialplätze angeboten, keine Plätze an der KGS. Er erwähnte, dass Eltern, die einen Platz an einer Gesamtschule wünschen, alle möglichen Alternativen angeboten bekommen, während Eltern mit Gymnasialwunsch nur Gymnasialplätze angeboten bekommen. Er äußerte, dass es in der Vergangenheit immer wieder Forderungen und Zusagen gab, auch Gymnasialplätze anzubieten, was auch im letzten Jahr umgesetzt wurde.

Herr Hiepe erklärte, dass die Stadt rechtskonform handeln muss. Das bedeutet, dass die Stadt sich an den Wünschen der Eltern orientieren muss.

Herr Frolow ergänzte, dass alle Eltern, die ein Gymnasium anwählen, auch mit Gymnasialplätzen versorgt werden müssen. Deshalb gibt es das zweite Losverfahren in dieser Form. Er betonte außerdem, dass Eltern, die möchten, dass ihr Kind an einer KGS das Abitur machen kann, dies grundsätzlich möglich ist, wenn sie den Schulwechsel entsprechend wünschen. Er wies darauf hin, dass in erster Linie die Gymnasialschiene bedient wird.

Fragesteller 1 erkundigte sich, ob es richtig ist, dass die Verwaltung, Schulleiternräte, Elternvertretung und Schülervvertretung Schulveranstaltungen als externe Veranstaltungen ansieht und deshalb eine 8-Wochen-Vorlauffrist für Anträge zur Anmietung schulischer Räume verlangt.

Herr Hiepe erklärte, dass es in der Vergangenheit Missverständnisse gab. Er betonte, dass die Schulleiternräte und Schülervertreter ihre Veranstaltungen in Absprache mit der Schulleitung durchführen können und keine besonderen Hürden bestehen. Der eigentliche Punkt betrifft größere Veranstaltungen, die öffentlich beworben werden, wie beim Stadtelternerat. Hier hatte die Schulleitung nicht immer rechtzeitig die Beteiligten eingebunden. Er bat darum, bei öffentlichen Veranstaltungen, bei denen auch externe Personen anwesend sind, die Anträge rechtzeitig beim Schulträger oder mindestens beim Schulleiter einzureichen, um den Austausch zu fördern und Missverständnisse zu vermeiden.

Fragesteller 1 betonte, dass nach Schulgesetz Elternvertretungen, der Stadtelternerat, der Schülerrat und andere schulische Gremien grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf die Nutzung von Räumen haben, ohne dass sie dafür einen Antrag oder Mietvertrag stellen müssen. Diese Veranstaltungen seien in der Regel öffentlich. Er erklärte außerdem, dass die Schulleitung über die Nutzung informiert war, auch wenn es Missverständnisse gab, weil ein Buch fehlte, das mittlerweile vorhanden ist. Er fragte, ob der Stadtelternerat, der Stadtschülerrat oder die Elternvertretung als externe Veranstaltungen gelten und ob dafür Anträge gestellt werden müssen.

Herr Hiepe antwortete, dass zwar Räume zur Verfügung gestellt werden, die Nutzung aber koordiniert und genehmigt werden sollte, um beispielsweise die Reinigung und Schlüsselausgabe zu organisieren. Er betonte, dass die Schulleitung in die Planung eingebunden sein muss und dass die Anträge dazu dienen, die Organisation zu koordinieren.

Fragesteller 1 erklärte, dass in der Vergangenheit immer in Absprache mit den Schulleitern gehandelt wurde, und er versteht die aktuellen Regelungen nicht.

Frau Brederlow empfahl einen gemeinsamen Termin für die Schulen, die tatsächlich auch in Verwaltung der Stadt sind, um das Verfahren ganz konkret abzustimmen.

Fragesteller 1 bezog sich auf das Hausrecht und fragte, ob die Schulleitungen keine eigenständigen Vereinbarungen mit den Schulelternräten treffen können, in Bezug wie die die die Schule betreten können. Hintergrund ist, dass er seit 2006 Schulelternrat ist und bisher einen Schlüssel zur Schule hatte. Es gab eine Anweisung, dass er diesen Schlüssel abgeben muss, obwohl der Schulleiter zuvor mit ihm darüber gesprochen hatte, um seine Arbeit und Sitzungen vorzubereiten. Er fragte, ob diese Entscheidung aus dem Hausrecht resultiert oder ob die Schulleitung weiterhin darüber entscheiden kann, wer Schlüssel erhält.

Frau Brederlow erklärte, dass der Fragesteller eine Sonderrolle hat. In der Regel stehen die Schlüssel im Sekretariat zur Verfügung, müssen vor Sitzungen abgeholt werden und gelten für alle Schulen, auch für die IGS Am Steintor.

Fragesteller 1 fragte, ob die Schulleitung eine andere Regelung treffen darf.

Frau Brederlow verneinte dies.

zu 3.2 Fragesteller 2 zum Hochhaus in der Richard-Paulick-Straße

Fragesteller 2 sprach für den Erhalt des Hochhauses in der Richard-Paulick-Straße 13. Er argumentierte, dass das Hochhaus Teil eines architektonisch und städtebaulich bedeutenden Gesamtkonzepts ist, das die Gestaltung und das Stadtbild der Neustadt maßgeblich prägt. Weiter hob er hervor, dass die Architekten bei der Planung versucht haben, durch unterschiedliche Gebäudehöhen und Sichtachsen eine spannende und ansprechende Atmosphäre zu schaffen. Das Hochhaus sei ein wichtiger Abschluss des Stadtteils zur offenen Landschaft und trage zur rhythmischen Gliederung des Straßenraums bei. Er wies darauf hin, dass es in Halle viele Stimmen gibt, die den Abriss ablehnen, und verwies auf Artikel, die den Erhalt des Hochhauses befürworten. Er fragte, warum das Hochhaus fallen soll.

Frau Ranft erklärte, dass die Stadträtinnen und Stadträte durch einen langen Prozess gegangen sind und die Argumente abgewogen wurden. Sie sprach im Namen ihrer Fraktion, die sich die Entscheidung nicht leichtgemacht hat, sagte aber, dass sie der Beschlussvorlage zustimmen wird.

Herr Sehrndt regte an, die Frage im kommenden Planungsausschuss noch einmal zustellen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 01.04.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 01.04.2025, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

bestätigt

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Zweite Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VIII/2025/00809**

Frau Brederlow führte in die Beschlussvorlage ein. Sie erklärte, dass aufgrund von Bauverzug an der Grundschule Rosa Luxemburg die Satzung nochmal angepasst werden musste.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Ranft** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die zweite Satzung zur Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) – Zweite Änderungssatzung Schulbezirkssatzung – gemäß der Anlage 1.

zu 5.2 **Baubeschluss für die Maßnahme „Zentrum für Begegnung und Kompetenzentwicklung - Campushaus Halle-Neustadt“ in der Richard-Paulick-Straße, 06124 Halle (Saale)** **Vorlage: VIII/2025/00986**

Frau Brederlow führte in die Beschlussvorlage ein und bezog sich darauf, dass damals die Finanzmittel nicht gesichert werden konnten. Später nutzte die Stadt die Strukturförderung, um einen erneuten Antrag auf Förderung aus Mitteln des Strukturwandels zu stellen. Der Stadtrat beschloss, den Campus, der heute in Halle-Neustadt liegt, mit Fokus auf Bildungsangebote für Kinder, Jugendliche und Erwachsene im Bereich MINT zu entwickeln. Die EU- und Landesmittel reichen aus, um den Campus in der aktuellen Form zu bauen. Hier ist eine Vielzahl von Aktivitäten und Veranstaltungen geplant.

Frau Schultze erklärte, dass das Hochhaus in seiner aktuellen Struktur als Sparmaßnahme gebaut wurde. Es besteht aus sehr dünnen Wandelementen und Decken, die nur für den reinen Wohnungsbau ausgelegt sind. Um das Gebäude für andere Nutzungen, wie z. B. eine Schule, umzubauen, wären umfangreiche bauliche Veränderungen notwendig, da die Tragstruktur nicht dafür ausgelegt ist. Eine komplette neue Stahlkonstruktion wäre erforderlich, um das Gebäude entsprechend umzunutzen.

Sie wies darauf hin, dass zusätzlich im Rahmen der Vorbereitung für den Abbruch Schadstoffuntersuchungen durchgeführt wurden. Dabei wurden gefährliche Stoffe wie Asbest und andere Schadstoffe gefunden, was die Sanierung erheblich verteuert und erschwert.

Weiter sagte sie, dass geprüft wurde, ob das Gebäude anderweitig genutzt werden kann. Dabei haben Wohnungsgenossenschaften und der Eigentümer keine wirtschaftliche Nutzung für das Gebäude gesehen. Der Fokus liegt auf der Nutzung des Standorts für ein außerschulisches Bildungszentrum, das alle Schularten von Grundschule bis Gymnasium

abdecken soll. Trotz der problematischen Lage wurde im letzten Jahr mit dem Landesdenkmalamt abgestimmt, das Gebäude aufgrund seines sozialen Nutzens abzureißen. Das Landesdenkmalamt hat dem Abbruch zugestimmt, da das soziale Interesse überwiegt.

Herr Schönewolf stellte anhand einer Präsentation die verschiedenen Varianten vor.

Herr Schachtschneider drückte seinen Unmut darüber aus, wie die Einwohnerfragestunde verlaufen ist. Er sagte, dass Frau Schultze direkt auf die Fragen des Einwohners hätte antworten können und so der Missmut vermieden hätte werden können.

Er bezog sich auf die Beschlussvorlage und betonte, dass sie immer für den Campus waren und die Entwicklung seit den ersten Diskussionen bis zum endgültigen Konzept begleitet haben. Im Namen seiner Fraktion möchte man den Campus auch umsetzen, allerdings steht man vor einer schweren Entscheidung. Es geht darum, sich von einem Hochhaus zu trennen, von dem nur noch wenige Teile, wie Wände oder Außenwandplatten, erhalten bleiben könnten, die eventuell beim Christian-Wolf-Gymnasium verwendet werden. Er sagte, dass letztlich das Hochhaus weg sein wird und ein Stück Geschichte verloren geht.

Frau Ranft nahm die Kritik von Herrn Schachtschneider bezüglich der Einwohnerfragestunde an.

Herr Lange betonte, dass die Arbeit der Architekten bei der Gestaltung des Stadtbildes, insbesondere in Neustadt, hochmodern und mit großem Einsatz entstanden ist. Er wies darauf hin, dass es wichtig ist, die Chancen und die Kritik, die von den Neustädtern und Beteiligten geäußert wurden, ernst zu nehmen. Er erwähnte, dass es Fragen gibt, ob bestimmte Gebäude, wie das Planetarium, wirklich abgerissen werden mussten oder ob es hätte erhalten werden können, was bei den bisherigen Prüfungen nicht immer eindeutig geklärt wurde.

Er hob die Bedeutung des geplanten Campusgebäudes hervor, das eine große soziale Aufwertung für das Gebiet bringen soll und betonte, dass die soziale Nutzung, insbesondere für Jugendliche und Gemeinschaftsangebote, schnell umgesetzt werden sollte, auch wenn der zweite Bauabschnitt noch fehlt.

Er sprach Bedenken bezüglich der Gestaltung des Gebäudes an, insbesondere die Verwendung von viel Glas. Er fragte, ob diese Fassadengestaltung im Hinblick auf den Klimawandel und die Energieeffizienz sinnvoll ist, da große Glasflächen möglicherweise zu erhöhter Klimatisierung führen könnten. Zudem hinterfragte er die tatsächliche Möglichkeit, die alten Platten und Materialien nachzubauen oder wiederzuverwenden, da es Unsicherheiten gibt, ob die Schadstoffbelastung und die technischen Voraussetzungen eine Wiederverwendung überhaupt zulassen.

Herr Dr. Wend erklärte, dass seine Fraktion der Vorlage zustimmt. Er sagte, dass viele, die den Erhalt fordern, selbst in modernen Apartments oder restaurierten Fachwerkhäusern wohnen. Er kritisierte die Architektur in der Richard-Paulick-Straße, die zwar damals modern war, sich aber inzwischen in eine andere Richtung entwickelt hat. Er sagte, dass es positiv ist, dass 30 % der Betonmasse bei den Bauwerken erhalten bleiben. Er wies darauf hin, dass viele junge Familien wegziehen wollen, weil der Wohnraum dort nicht mehr attraktiv ist. Deshalb sei es wichtig, Leuchttürme wie den geplanten Campus zu setzen, um die Gegend aufzuwerten. Er sprach für den Bildungsraum, den der Campus schaffen wird, und forderte, dass man bei der Gestaltung auf Qualität, Licht und soziale Komponenten achtet. Er plädierte dafür, die geplanten Veränderungen positiv anzugehen.

Frau Dr. Burkert sagte, dass ihre Fraktion für das Projekt stimmt, da es die Chancengerechtigkeit für junge Menschen erhöht. Sie sagte, dass das Gebäude ideal als Wohnraum für junge Menschen angeboten hätte. Sie fragte, ob Systeme geplant sind, wie zum Beispiel die Nutzung des Wassers auf den Dächern oder die Begrünung der

Außenflächen, um der Trockenheit entgegenzuwirken. Weiter fragte sie, was für Fenster geplant sind und wies darauf hin, dass es reflektierende Fenster gibt, die Wärme abhalten.

Herr Lembert sieht das Gebäude als ein Denkmal an und sagte, dass es vielleicht durch eine Umwandlung in ein Flächendenkmal hätte besser geschützt werden können. Er betonte, dass der geplante Campus-Neubau ein Zeichen des Fortschritts ist und die Attraktivität von Halle-Neustadt steigern wird. Er hob hervor, dass es in Halle-Neustadt große Wohnungsprobleme gibt, vor allem bei größeren Wohnungen, die kaum noch zu mieten sind, was die Umgestaltung der Gegend umso wichtiger macht. Er bezog sich auf die Bedeutung der Universität, die mit hohen Drittmitteln arbeitet, weil sie soziales Lernen, Zusammenarbeit und Exzellenz fördert, was auch den Schülern neue Perspektiven eröffnen kann. Er sprach die Bewirtschaftungskosten ab 2028 an, insbesondere die Betriebskosten und Hausmeisterkosten, und wies darauf hin, dass diese in den kommenden Jahren wahrscheinlich steigen werden, da die Kosten im öffentlichen Dienst allgemein zunehmen.

Herr Scherer bat um Prüfung, ob das Hochhaus ein Rückzugsort für viele Vögel, Raubvögel und Fledermäuse ist. Er regte an, als Ersatz Brutkästen und Ähnliches aufzustellen.

Herr Sehrndt kritisierte, dass das Land Deutschland Häuser wie diese einfach abreißen lässt, obwohl in Deutschland insgesamt ein großer Wohnungsmangel besteht. Für Menschen ohne Wohnungen seien solche Häuser viel wichtiger, und das Abreißen sei die einfachste Lösung, obwohl es viele Probleme mit solchen Maßnahmen gebe. Er steht dem Projekt skeptisch gegenüber und bezweifelte, dass die dortigen Ziele so erreicht werden, wie es suggeriert wird. Er sagte, dass insbesondere die Unterhaltskosten gut geplant sein müssen.

Frau Schultze erklärte, dass die Glasfassade absichtlich zum Grünraum geöffnet wurde, um den attraktiven Raum zu nutzen, der auch Verschattung bietet. Zur Klimatisierung wird kein aktives System eingesetzt; Stattdessen wird eine Nachtauskühlung mit automatischen, insektenschutz- und regengeschützten Fenstern genutzt, um den sommerlichen Wärmeschutz zu gewährleisten. Das Konzept ist mit der Bauphysik abgestimmt und berücksichtigt sowohl Sommer- als auch Winterwärmeschutz. Weiter sagte sie, dass für den Neubau die Nutzung von Photovoltaik geplant ist, und Regenwasser soll vor Ort genutzt werden, um das Mikroklima positiv zu beeinflussen. Sie erklärte, dass Außenwandplatten aus Mineralfaser problematisch wegen Schadstoffen sind, während die Innenwände schadstofffrei sind und im Neubau als Trennwände eingesetzt werden sollen. Es wird geprüft werden, ob die Platten für Fassadenelemente im Sockelbereich weiterverwendet werden können, wobei die Wiederverwendung schadstofffreier Elemente ein wichtiges Ziel ist. Sie bezog sich auf das Thema Brutplätze und Artenschutz und sagte, dass ein Gutachten erstellt wurde, das bestätigt, dass keine Fledermäuse oder Brutnistplätze vorhanden sind. Das Gebäude wurde entsprechend vorbereitet, um Einnistungen zu verhindern. Der Zustand des Gebäudes ist sehr schlecht, insbesondere durch Taubenbefall, was hohe Kosten für die Schadstoffentsorgung verursacht. Die Betriebskosten werden anhand aktueller Vergleichswerte nach dem BKI berechnet, um eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten.

Herr Schönewolf bezog sich auf den Vogelflug und sagte, dass dieses Thema mitgenommen wird, und bezog sich auf die Grundlagen wie Animal-Aided-Design.

Frau Seidel-Jähni erklärte, dass die Stadt der Betreiber ist. Inhaltlich wird das Haus durch die Kooperationspartner gefüllt. Sie sprach zum Verfahren und sagte, dass man sich aktuell in den Verhandlungen mit den Kooperationspartnern befindet, wie der Betrieb gestaltet wird. Grundsätzlich ist geplant, dass es einen Betreiberverein gibt. Das weitere Verfahren soll zu gegebener Zeit vorgestellt werden.

Frau Brederlow betonte die Wichtigkeit, den gesamten Prozess bei der Planung und Umsetzung eines Projekts kontinuierlich zu begleiten, anstatt nur einzelne Beschlüsse zu

fassen und das Projekt dann einfach umzusetzen. Es ist wichtig, den Bildungsausschuss und auch die Partner, wie das Schülerforschungszentrum, frühzeitig einzubinden, damit alle gemeinsam an den Zielen arbeiten und die Projekte mitgestalten können.

Sie hob hervor, dass das Objekt zwar kein schulisches Gebäude ist, aber dennoch von Schulen und Schülern mitgestaltet wird und sie es aktiv nutzen sollen. Ein Beispiel ist die Passage 13 in Halle-Neustadt, die gezeigt hat, was dort möglich ist, und die auch als Vorbild für andere Standorte dient. Ziel ist es, Menschen aus der Altstadt und dem Umland für die Entwicklungen in Halle-Neustadt zu begeistern und den Austausch zu fördern.

Sie zog einen Vergleich zu anderen Städten und Projekten, um die Idee zu untermauern, dass solche Einrichtungen positive Impulse für die Stadtentwicklung geben können. Sie betonte auch die Notwendigkeit, die Einwohnerzahlen im Blick zu behalten, da die Geburtenzahlen rückläufig sind. Abschließend hob sie die Bedeutung der engen Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat hervor, um die Projekte erfolgreich umzusetzen. Es besteht die Herausforderung, die engen Zeitpläne in der Förderperiode einzuhalten, aber man arbeitet eng mit den zuständigen Stellen zusammen, um alles rechtzeitig abzuschließen und die Abrechnungen vorzunehmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Ranft** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt den Teilabbruch des Hochhauses, die Sanierung des Bestandsgebäudes und den Ergänzungs-/ Erweiterungsneubau für das künftige außerschulische „Zentrum für Begegnung und Kompetenzentwicklung - Campus Halle-Neustadt“ in der Richard-Paulick-Straße 13, zu einer Gesamtbausumme von 14.703.000,00 € (brutto).

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.2 Antrag der Fraktion Volt / MitBürger für einen späteren Unterrichtsbeginn an weiterführenden Schulen
Vorlage: VIII/2025/00951

Herr Dr. Wend führte in den Antrag seiner Fraktion ein und sagte, dass es Ziel ist, auf bestimmte Probleme und Verbesserungsmöglichkeiten, was die Bildungssituation von Kindern und die Bedingungen in den Schulen angeht, anzustoßen. Es geht darum, für die Kinder etwas physiologischer etwas besser zu machen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Ranft** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt,

1. in den Gesamtkonferenzen der kommunalen weiterführenden Schulen eine Diskussion über einen späteren Unterrichtsbeginn und/oder die Umsetzung eines Gleitzeitmodells zu initiieren;
2. sich bei der Landesregierung für eine Anpassung des Runderlasses „Hinweise zur Unterrichtsorganisation an allgemeinbildenden Schulen“ vom 16.01.2012 einzusetzen, die einen Unterrichtsbeginn nach 8.15 Uhr ohne zusätzliche Genehmigung durch das Landesschulamt ermöglicht;
3. dem Bildungsausschuss in seiner Sitzung im September 2025 und bei Bedarf in seiner Sitzung im Februar 2026 über die Umsetzung des Beschlusses zu berichten.

zu 6.1 Antrag der Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale) zu Schulbibliotheken für Halle
Vorlage: VIII/2025/00925

Herr Lange führte in den Antrag seiner Fraktion ein und sagte, dass es Ziel ist, den Schulbibliotheken mehr Bedeutung zu gedenken, sie ein Stückchen so zu organisieren, dass sie nicht immer so nebenbei laufen, sondern dass man in den Schulbibliotheken ein System reinbringt und dass die Stadtbibliothek dabei unterstützen kann.

Frau Brederlow betonte, dass die Absichten und Zielsetzungen bereits klar sind, auch wenn es dazu Diskussionen gibt. Sie warf die Frage auf, wie die Qualität von Schulbibliotheken verbessert werden kann, insbesondere im Hinblick auf personelle Ressourcen und die Finanzierung der Medien. Sie äußerte Bedenken, dass die Entwicklung eines konkreten Konzepts für die Umsetzung schwierig ist und bat den Antragsteller, diesen Punkt noch einmal zu überdenken und auch die Problematik der Konzeptentwicklung in der Stadt zu berücksichtigen.

Frau Lesche sagte, dass sie mit sehr vielen Schulen zusammenarbeiten, die regelmäßig die Veranstaltungen besuchen, um Medien auszuleihen. Dies fordert die Mitarbeiter sehr. Sie sagte, dass sie es positiv sieht, dass die Fraktion Die Linke sich um Leseförderung müht, allerdings würde die Stadtbibliothek damit an die Grenzen stoßen.

Herr Lange sagte, dass die Idee dahinter ist, ein Modell zu entwickeln, wie Schulbibliotheken funktionieren können, und dabei die professionelle Unterstützung der Stadtbibliothek mit einzubeziehen. Er wies darauf hin, dass erstmal geprüft werden soll, wie eine modellhafte Bibliothek aussehen könnte und was notwendig wäre, um diese zu betreiben.

Frau Brederlow sagte, dass es sich um Stadtteile handelt, in denen viele Schulen keine Fördervereine haben. Sie bezog sich auf die Ausstattung entsprechender Schulbibliotheken und wies darauf hin, dass die Stadtbibliothek begrenzte Mittel hat, um ihre eigenen Medien zu pflegen und zu aktualisieren. Sie sagte, dass es keine Ideen gibt, wo die finanziellen Mittel herkommen sollen.

Herr Slowig regte an, dass Schulbibliotheken enger mit der Stadtbibliothek kooperieren, was die Nutzung der Expertise betrifft.

Frau Lesche sagte, dass die Stadtbibliothek bereits in Gesprächen mit Lehrern, die die Schulbibliotheken betreuen, ist. Sie erklärte, dass es ein ständiger Prozess ist, Bibliotheken aufzubauen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen. **Frau Ranft** bat um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat bekennt sich zu dem Ziel, an acht Schulen in den Stadtgebieten Heide-Nord, Silberhöhe, Südstadt und Halle-Neustadt modellhaft Schulbibliotheken als multifunktionale Lernorte einzurichten. Hierbei soll die Stadtbibliothek nach folgenden Maßgaben die Einrichtung von Schulbibliotheken als multifunktionale Lernorte vorantreiben:

1. Die Stadtbibliothek entwickelt gemeinsam mit der Fachstelle für öffentliche Bibliotheken und dem Schulverwaltungsamt ein Konzept für modellhafte Schulbibliotheken und zeigt den Personalaufwand und Sachaufwand dafür auf, sodass diese Erkenntnisse in die Beratungen für den Haushalt 2026 einfließen können.
2. Die unter 1. genannten Institutionen sollen prüfen, wie der personelle Mehraufwand abgebildet werden kann und wie diese Aufgabe dauerhaft in das Aufgabenspektrum aufgenommen werden kann.
 - Die Stadtbibliothek betreut und unterstützt die ausgewählten Schulen bei der Recherche zur Erstellung von fortlaufenden Literaturlisten, aufbereitet nach Schulform und Klassenstufe (Schulbibliothek-Katalog).
 - Die Stadtbibliothek berät bei der Einrichtung und Gestaltung der Räume.
 - Die Stadtbibliothek unterstützt beim permanenten Sammeln geeigneter Literatur nach Schulform und der zugehörigen Dokumentation
3. Die Stadtbibliothek verantwortet für die Modell-Schulbibliotheken, die Koordinierung, An-eitung und Qualifizierung von ehrenamtlichen Betreuer*innen und Pädagog*innen vor Ort.
4. Die Stadtbibliothek wirbt in Zusammenarbeit mit der Fachstelle für öffentliche Bibliotheken verstärkt Drittmittel sowie Mittel des Landes Sachsen-Anhalt für die Schulbibliotheken und Projekte ein. Darüber ist dem Stadtrat jährlich Bericht zu erstatten.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Präsentation Frühwarnsystem Schulabsentismus (Stand, Ausblick auf weitere Planungen)
Vorlage: VIII/2025/01114**

Herr Klinger informierte anhand einer Präsentation über das Frühwarnsystem Schulabsentismus.

Herr Lange fragte, wie das Problem der Schweigepflichtentbindung zwischen Schule und HzE-bereich gelöst wurde.

Er bezog sich auf Menschen die wegen Ordnungswidrigkeiten in Gefängnissen sitzen und sagte, dass dies meistens Menschen sind, die wegen Schulabsentismus aufgefallen sind. Er

kritisierte dieses Verfahren, da Menschen dorthin gedrängt werden, wo schwerkriminelle unterwegs sind.

Herr Klinger sagte, dass es eine pädagogische Komponente gibt, die für alle Akteure und Strukturen steht, die wir in Halle vorhalten. Er sagte, dass es in der Praxis Optimierungsbedarf bei der Handhabung der Schweigepflichtentbindungen gibt. Um das zu verbessern, wurde ein Dokumentationsbogen entwickelt, der fallbezogen automatisch die Schweigepflichtentbindung beilegt. Dieser Bogen soll eine Feedbackschleife zwischen den Schulen und dem ASD ermöglichen, um die Zusammenarbeit zu optimieren.

**zu 7.2 Mitteilung über die Aufnahme in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/-26
Vorlage: VIII/2025/01159**

Herr Hiepe informierte über die Aufnahme in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/-26.

Herr Lange fragte, wo der Bedarf für die weiteren Züge an den Gymnasien und den Gesamtschulen erkennbar ist.

Herr Hiepe erklärte anhand des Beispiels Gymnasium, dass es mehrfach Anmeldungen gibt und manchmal keine klare Zuordnung der Schüler erfolgt. Nach Abzug der Wiederholer und Berücksichtigung der bereits versorgten Schüler ergibt sich ein Bedarf von 70 Plätzen. Er wies außerdem darauf hin, dass es schwierig ist, genau vorherzusagen, wie viele Schüler zu freien Trägern wechseln werden.

Herr Lange fragte, ob der Gymnasialzweig der KGS Hutten eine Option wäre und man diesen den Eltern vorschlagen kann.

Herr Hiepe erklärte, dass allen Eltern alle Schulen angeboten, wie auch der Gymnasialzweig der KGS Hutten.

Frau Ranft erkundigte sich, ob die zusätzlichen Züge eventuell nicht benötigt werden und die Änderung der Aufnahme so spät wie möglich beschlossen werden soll, da keine Überkapazität wie in der Vergangenheit geschafft werden soll.

Herr Hiepe stimmte Frau Ranft zu.

Herr Slowig betonte, dass eine Schule eine gewisse Planungssicherheit braucht. Er wünschte sich, dass Entscheidungen schnell getroffen werden, damit Eltern und Kinder nicht zu lange warten müssen, um zu erfahren, in welche Klasse sie kommen.

**zu 7.3 Maßnahmen im Rahmen des freigestellten Schülerverkehrs der Grundschule „Otfried Preußler“ in den Auslagerungsstandort
Vorlage: VIII/2025/01161**

Es gab keine Wortmeldungen.

zu 7.4 Stand der Implementierung des Startchancen-Programms in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VIII/2025/01162

Frau Ranft fragte, warum sich dafür entschieden wurde, dass man sich nicht für den ersten Start beworben hat.

Frau Brederlow versicherte, dass keine Gelder verloren gehen. Die 20 % Eigenanteil werden aufgebracht. Momentan werden Gespräche mit dem Fachbereich Immobilien geführt, wie die Konzepte der Schulen im Rahmen des Startchancenprogramms umgesetzt werden können. Derzeit ist es jedoch nicht möglich, einen Antrag zu stellen, da es noch keine entsprechenden Richtlinien gibt.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es gab keine Anfragen.

zu 9 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendetet die stellvertretende Ausschussvorsitzende, **Frau Ranft** die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Melanie Ranft
Stellvertretende Ausschussvorsitzende

Maik Stehle
stellv. Protokollführer